## editorial

Vom 22.-24. Mai 2009 fand die Jahrestagung der DGUF in Hamburg statt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto "Handel – Transport – Verkehr" und war mit ca. 100 Teilnehmern gut besucht. Die 14 Vorträge boten eine Übersicht über vielfältige neue methodische Ansätze, um Logistik, Arbeitsleistung und Mobilität früherer Kulturen anschaulich darzustellen. Der zeitliche Rahmen war bewusst weit gewählt worden und deckte daher eine Spanne vom Neolithikum bis ins Spätmittelalter ab.

Im Rahmen der Tagung wurde auch der mit 2500 Euro dotierte Deutsche Archäologiepreis verliehen, diesmal an das Neanderthalmuseum in Mettmann. Direktor Prof. Gerd-Christian Weniger und die stellvertretende Direktorin Dr. Bärbel Auffermann nahmen den Preis für ihre Einrichtung entgegen. In seiner Laudatio würdigte Martin Schmidt vom Niedersächsischen Landesmuseum Hannover die vielfältigen Aktivitäten und Initiativen der Museumsleitung und der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen für die Vermittlung von aktuellen Forschungsergebnissen zur Steinzeit an ein breites Publikum. Auch die Ausrichtung von Fachtagungen, die eigenen Forschungsaktivitäten und Lehrveranstaltungen der MitarbeiterInnen und die Möglichkeit von Museumspraktika für StudentInnen werden als vorbildlich angesehen.

Weitere Aktivitäten rundeten das Tagungsprogramm ab. Holger Junker M.A. bot einem zähen Häuflein Kulturenthusiasten bei strömendem Regen eine historische Stadtführung. Der öffentliche Abendvortrag zu neuesten Forschungsergebnissen wikingerzeitlicher Befunde in der Schleswiger Landenge wurde von dem schleswig-holsteinischen Landesarchäologen Prof. Claus von Carnap-Bornheim und Dr. Sven Kalmring (Archäologisches Landesmuseum Schleswig) gehalten. Am Samstag fand eine Exkursion in die Landkreise Lüneburg und Stade statt. Ziele waren die Großsteingräber der Oldendorfer Totenstadt, der neolithische bis eisenzeitliche Bestatttungsplatz von Soderstorf, der frühmittelalterliche Ringwall "Schwedenschanze" bei Stade sowie die Klosterruine mit angeschlossenem archäologischen Museum in Harsefeld. Die örtlichen Führungen wurden von den Kollegen Joost Assendorp, Wolfgang Scherf und Diether Ziermann übernommen.

Allen, auch den zahlreichen ungenannten Helfern, die zum Gelingen dieser Tagung beigetragen haben, sei im Namen des alten und des neuen Vorstands noch einmal unser herzlicher Dank ausgesprochen.

Thies Evers

## Bilanz des alten Vorstands

Satzungsgemäß endete mit der Tagung in Hamburg für zwei Mitglieder des Vorstands ihre Amtszeit. Sowohl Gerhard Ermischer als Vorsitzender und Susanne Heun als Stellvertreterin hatte je zwei Wahlperioden ihr Amt inne und konnten damit satzungsgemäß nicht mehr auf derselben Position wiedergewählt werden.

Deshalb möchten wir hier nicht nur einen Rückblick auf das vergangene Jahr, sondern eine kurze Bilanz unserer Amtszeit ziehen. 2005 in Worms waren wir beide mit der klaren Zielstellung angetreten, Reformen in der DGUF voranzutreiben und die Zusammenarbeit mit den anderen Verbänden in der Archäologie auf eine neue Basis zu stellen. Diese Bemühungen führten zur Formulierung eines Kooperationsvertrags mit dem Dachverband der Archäologischen Studierendenvertretungen (DASV), der Gesellschaft für Archäologie und Archäometrie (GNAA) und dem West- und Süddeutschen Verband für Altertumsforschung (WSVA). Die Debatte darüber wurde ja auch unter den Mitgliedern lebhaft geführt, sowohl in der AI als auch in den Mitgliederversammlungen in Berlin und Basel. Im vergangenen Jahr wurde dieser Kooperationsvertrag auf der Mitgliederversammlung in Mannheim mit großer Mehrheit angenommen und in der Folge mit den Partnerverbänden abgeschlossen. Die Tagung in Mannheim war auch ein Meilenstein auf diesem Weg, war es doch die erste archäologische Tagung, an der alle Verbände einschließlich der DGUF der klassischen Archäologen und der Studierenden beteiligt waren.

Ein wesentlicher Grund für den Wunsch nach einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen den archäologischen Verbänden war für uns die Überzeugung, dass wir ein wesentlich stärkeres Gewicht in den politischen Entscheidungsprozessen benötigen, um die Interessen der Archäologie und des kulturellen Erbes auf allen politischen Ebenen besser zu vertreten. Wir haben dabei zu allererst die höchste politische Entscheidungsebene in Angriff genommen: die europäische Ebene. Dies erschien uns geboten, da immer

3 DGUF-Nachrichten

mehr Gesetze und Richtlinien auf europäischer Ebene erlassen werden, die unmittelbar Einfluss auf die Archäologie und das kulturelle Erbe haben. Diese Entscheidungen der EU wurden in der Vergangenheit getroffen, ohne dabei die Auswirkungen auf das kulturelle Erbe und damit auch auf die Archäologie in irgendeiner Weise zu berücksichtigen. Gleichzeitig hat die EU mit der Umweltverträglichkeitsprüf ung (UVP) und der Strategischen Umweltprüfung (SUP) Instrument im Umweltrecht geschaffen, die ausdrücklich die Kulturlandschaft und das kulturelle Erbe als Schutzgüter im Umweltschutz definieren. Damit ergeben sich weitreichende Möglichkeiten für die Archäologie und die archäologische Denkmalpflege.

Auf einer anderen Ebene hat der Europarat eine ganze Reihe internationaler Konventionen verabschiedet, die für die Archäologie eine hervorragende Grundlage für den Schutz des archäologischen Erbes und die Arbeit der Archäologen bieten. In beiden Fällen (den Gesetzen der EU wie den Konventionen des Europarates) hängt dabei viel von der richtigen Umsetzung in das deutsche Recht ab. Deshalb haben wir uns nicht nur bei der Europäischen Kommission, sondern auch beim Deutschen Bundestag als Fachverband für die Interessen und des Kulturellen Erbes registrieren zu lassen, um so möglichst frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben und Konsultationen informiert zu werden und unseren Stellungnahmen möglichst viel Gewicht zu verleihen. Aus diesem Grund haben wir uns auch bemüht, dass unsere Stellungnahmen von möglichst vielen anderen archäologischen Verbänden übernommen wurden und haben unsererseits Stellungnahmen unserer Partnerverbände unterstützt. Dies hat insbesondere bei der Europäischen Kommission, dem Europaparlament aber auch bei der Ständigen Vertretung der BRD bei der EU große Aufmerksamkeit erregt. Zum ersten Mal kamen in den vergangen beiden Jahren eine Vielzahl von ausführlichen und fachgerechten Stellungnahmen zu den Themen und Interessen der Archäologie und des kulturellen Erbes in Brüssel aus dem gesamten deutschsprachigen Raum an.

Neben Stellungnahmen zur Kulturlandschaft und zum kulturellen Erbe, die eher allgemeiner Natur waren, war das wichtigste Projekt das Konsultationsverfahren zur Folgenabschätzung der europäischen Rechtsund Normensetzung durch die Europäische Kommission im Jahr 2008. Dabei ging es uns vor allem darum sicherzustellen, dass in der Zukunft bei allen europäischen Gesetzesvorschlägen und Normierungen frühzeitig geprüft wird, ob diese negative Auswirkungen auf das kulturelle Erbe haben kann. Mit dem Hinweis auf die Kulturhoheit der nationalen Staaten war eine solche Prüfung in der Vergangenheit unterblieben. Dies hatte gravierende Auswirkungen etwa bei der Gewässerschutzrichtlinie oder der Emissionsrichtlinie zur Reduktion des CO2-Ausstoßes. Diese Richtlinien greifen tief in das kulturelle Erbe und das archäologische Bodenarchiv ein, wobei die potentielle Zerstörung von Kulturgütern und Archäologie keinerlei Berücksichtigung findet. Dies wollten wir ändern und fanden dabei nicht nur die Unterstützung zahlreicher anderer Verbände und sogar von Ministerien deutscher Länder, sondern wir konnten für dieses Thema auch das Europäische Parlament interessieren. Ausdruck dieses Interesses war das Fachgespräch zwischen Vertretern des Europäischen Parlaments und Fachleuten aus der Archäologie in Berlin im Pergamon Museum am 20. April 2009. Unsere Bemühungen führten schließlich zum Erfolg und in Zukunft werden die Belange der Kultur, des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt bei allen europäischen Gesetzesvorhaben Berücksichtigung finden.

Ein weiteres Thema, mit dem wir uns in jüngster Vergangenheit beschäftigt haben, war die Ausweisung eines Europäischen Kulturerbesiegels. Hier haben wir gefordert, dass ein solches Siegel nicht ein inhaltsleerer Orden sein darf, der einem weiteren Spitzenobjekt zwecks Vermarktung an die Brust geheftet wird, sondern dass damit ganz konkrete Vorgaben für den Denkmalschutz, die wissenschaftliche Bearbeitung und die Vermittlung an die Öffentlichkeit verknüpft sind. Innerhalb Deutschlands haben wir bei der ständigen Kultusministerkonferenz den Vorschlag gemacht, die "Eiszeitliche Höhlenlandschaft Donau-Alb" für ein solches Kulturerbesiegel vorzuschlagen. Wir wollen damit erreichen, dass eine solche Auszeichnung nicht nur einzelnen Gebäuden verliehen wird, sondern auch archäologischen Fundstätten in den Kanon aufgenommen werden.

Immer wieder wurden an uns auch sehr kurzfristig zu beantwortende hochpolitische Themen herangetragen. Unumstritten war dabei etwa unser Protest beim Deutschen Bundestag gegen die geplante VISA-Einladerdatei. Hier hätten alle Personen erfasst werden sollen, die mehrere Bürger aus dem Visapflichtigen Ausland nach Deutschland einladen oder für sie bürgen wollten. Dies hätte etwa auch die Organisatoren wissenschaftlicher Kongresse oder studentischer Austauschprogramme betroffen.

Glücklicherweise wurde dieser Gesetzentwurf wohl auch wegen der zahlreichen Protestschreiben aus Verbänden und Organisationen im letzten Augenblick zurückgezogen.

Für uns sehr viel schwieriger und kontroverser waren die Reaktionen auf Vorfälle während des Archäologiekongresses in Mannheim, die ein Schlaglicht auf das Problem des Rechtsextremismus im Reenactment warfen. In der folgenden Diskussion zwischen den Vertretern verschiedener Verbände und von Fachleuten, die sich schon sehr viel länger als wir mit dem Thema beschäftigt hatten, prallten zum Teil sehr unterschiedliche Vorstellungen aufeinander, wie auf dieses Problem zu regieren sei. Wir waren der Meinung, dass sich hier ein mangelnder Dialog zwischen der Living History-Szene und der archäologischen Fachwelt zeigte und dass dieses Manko durch einen grundsätzlichen und langfristigen Diskussionsprozess behoben werden müsste. Rund um einen Beitrag des ZDF in der Sendung "aspekte" zum Thema kam es zu zum Teil heftigen Diskussionen zwischen Teilen des Vorstands und einzelnen Mitgliedern der DGUF, der aber schließlich zu einem sehr produktiven und intensiven Austausch mit dem Vorstand und dem Beirat der DGUF sowie mit unseren Partnerverbänden führten. Schließlich wurde im Rahmen des Kooperationsbündnisses und unter Federführung des DASV eine eigene Tagung zum Thema im Rheinischen Landesmuseum in Bonn im Juni diesen Jahres organisiert. Hier wurden Grundlagen für einen fruchtbaren Austausch zwischen der Living History-Szene, der Wissenschaft und den Museen in der Archäologie gelegt.

Ein ganz anderes Thema, dass uns die letzen Jahre sehr beschäftigt hat, war unser Bestreben, als klageberechtigter Verband nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatG) anerkannt zu werden. Dieses Anliegen wurde vom zuständigen Bundesumweltministerium abgelehnt, wogegen wir bei Verwaltungsgericht Köln Klage eingelegt hatten. Bedauerlicherweise sah sich das Verwaltungsgericht nicht in der Lage, unseren ausführlichen Begründungen zu folgen. Wir müssen akzeptieren, dass unsere Klage abgelehnt wurde und versuchen nun, durch strategische Partnerschaften mit anerkannten Naturschutzverbänden sowie unserer politischen Arbeit auf europäischer und nationaler Ebene jenen Einfluss zu gewinnen, den wir uns durch die Anerkennung versprochen hatten. Die zahlreichen Stellungnahmen auf europäischer und nationaler Ebene haben uns diesem Ziel ein gutes Stück näher gebracht. Angesichts des Kulturföderalismus in Deutschland werden wir in Zukunft aber auch auf Länderebene aktiv werden müssen, wollen wir tatsächlich nachhaltig in Deutschland etwas für die Archäologie erreichen. Dass dies den ohnehin schon beträchtlichen Arbeitsaufwand des Vorstandes in Zukunft noch weiter erhöhen wird, liegt auf der Hand.

Angesichts der enormen Arbeitsbelastung, die eine derart aktive politische Rolle unseres Verbandes den Vorstandsmitgliedern auferlegt, haben wir versucht, für die Zukunft Strukturen zu schaffen, die zumindest teilweise diese Belastung auffangen und auf mehr Schultern verteilen. Dies geschah einerseits durch die Einrichtung des DGUF-Büros und andererseits durch eine Neubesetzung zahlreicher Beiräte unter dem Aspekt, hier Mitglieder zu gewinnen, die aktiv an der Vorstandsarbeit teilnehmen können und wollen. Der Vorstand wird in Zukunft aber auch immer stärker auf die Mitarbeit und Hilfe von Mitgliedern der DGUF angewiesen sein. Dazu müssen andererseits die Kommunikationsmöglichkeiten mit den Mitgliedern systematisch verbessert werden. Dies wird derzeit etwa durch die Neustrukturierung des Internetauftritts und die Schaffung moderner Kommunikationsplattformen im Internet angegangen. Auch müssen wir an dieser Stelle erneut einen Appell an unsere Mitglieder richten, uns ihre E-Mail-Adressen zu geben, damit sie schneller, umfassender und besser informiert werden können.

Die DGUF hat in den letzten Jahren ein neues Gesicht bekommen. Sie ist politischer, aktiver und stärker eine Standesvertretung der Archäologie geworden. Sie hat sich der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden geöffnet und damit wesentlich zu einem spürbaren Reformprozess innerhalb der archäologischen Verbände beigetragen. Sie wurde auf europäischer und nationaler Ebene wahrgenommen und hat wichtige politische Entscheidungen mit beeinflusst. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob die DGUF diesen eingeschlagenen Weg zu einem modernen und zukunftsfähigen Verband wird erfolgreich fortsetzen können. Der neue Vorstand wird in der Folge seine Zukunftsvisionen darlegen und sein Programm für die nächsten Jahre skizzieren. Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich für die Unterstützung durch unsere Vorstandskollegen bei der oft schwierigen Arbeit der vergangenen Jahre bedanken und zugleich die Mitglieder der DGUF bitten, den neuen Vorstand kraftvoll bei seiner Arbeit zu unterstützen. Als wir uns 2005 in Worms zur Wahl stellten, haben wir ein durchaus unbequemes und nicht unumstrittenes Programm vorgelegt. Wir sind uns darüber bewusst, dass für manche altgediente

5

DGUF Mitglieder unsere Vorstellungen und Visionen nicht ganz einfach zu akzeptieren waren. Umso mehr möchten wir uns bei den Mitgliedern der DGUF für das Vertrauen bedanken, dass man uns in den vergangenen 4 Jahren entgegen gebracht hat.

Je mehr unser Verband sich für die Archäologie politisch engagiert und in diesen komplizierten Prozessen immer wieder unter großem Zeitdruck zu pointierten und schlagkräftigen Aussagen finden muss, umso mehr wird es immer auch die Möglichkeit geben, Kritik an einzelnen Entscheidungen oder Formulierungen zu üben. In einem diskussionsfreudigen und demokratischen Verband wie der DGUF ist dies kein Nachteil, sonder – im Gegenteil – eine Stärke, solange es mit gegenseitigem Respekt und auch mit Verständnis für die Vorstandsmitglieder geschieht, die ehrenamtlich mit großem Engagement eine schwierige Arbeit auf sich nehmen. Um dieses Verständnis möchten wir die Mitglieder auch für die Arbeit des neuen Vorstandes bitten. Nur so kann die DGUF zu einer starken Kraft in der Archäologie werden.

Gerhard Ermischer und Susanne Heun

## Neuer Vorstand im Amt

Auf der jährlichen Mitgliederversammlung in Hamburg wurde ein neuer Vorstand für die DGUF gewählt. Susanne Heun und Gerhard Ermischer schieden nach vierjähriger verdienstvoller und erfolgreicher Tätigkeit satzungsgemäß aus dem Vorstand aus.

Thies Evers (M.A., zzt. Aurich, Ostfriesland), seit 2007 stellvertretender Vorsitzender, wurde zum Vorsitzenden gewählt. Neu dazu kamen Birthe Haak (M.A., Hamburg) und Dr. Christian A. Möller (Dipl.-Prähistoriker, Bonn) als stellvertretende Vorsitzende.

Zu den Zielen des neuen Vorstands gehören unter anderem:

- die stärkere Einbindung von Beirat, Arbeitskreisen und Mitgliedern in die Vereinsarbeit,
- die Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit der DGUF,
- eine Stärkung des Service-Angebots für unsere Mitglieder, vor allem über unsere Web-Site www.dguf.de
- eine positive Mitgliederentwicklung der DGUF,
- die Entwicklung einer Zusammenarbeit zwischen DGUF und Umweltschutzverbänden im Kulturlandschafts- und Denkmalschutz und
- die Beförderung der besseren Zusammenarbeit der verschiedenen Archäologieverbände, wofür mit dem Kooperationsnetzwerk zwischen DGUF, DASV, GNAA und WSVA schon gute Grundlagen geschaffen wurden.
- der Ausbau des politischen und gesellschaftlichen Engagements der DGUF als Verband der Zivilgesellschaft.

Hervorzuheben bei den bisherigen Aktivitäten ist die Entwicklung von Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2009 und zur Landtagswahl 2009 in Schleswig-Holstein an die im Berliner Bundesbzw. im Kieler Landtag vertretenen Parteien. Hierin wurden diese aufgefordert, u.a. zu Themen des Kulturgüterschutzes, der Hochschulpolitik, der Finanz- und Kulturpolitik und damit verbunden auch der Finanzierung archäologischer Museen und Forschungseinrichtungen Stellung zu beziehen.

Wir freuen uns sehr, dass sich die Parteien in unsere größtenteils detaillieren Fragen vertieft und uns sehr ausführlich und mit nachweisbar hohem Sachverstand geantwortet haben. Um die Hintergründe und Ziele unserer Fragen genauer zu umreißen, hatten wir, d.h. der Vorstand und der Beirat dazu jeweils den Sachstand näher erläutert. In Schleswig-Holstein haben wir darüber hinaus auch unsere Mitglieder an der Entwicklung der Fragen beteiligt. Nachzulesen sind die Wahlprüfsteine auf unserer Homepage www.dguf.de

Anhand der Antworten ist nun klarer abschätzbar, wie die Politik in den nächsten Jahren die Rahmenbedingungen für Archäologie an Universitäten, Museen, Forschungseinrichtungen und in der Bodendenkmalpflege setzen wird. Nachlesen lohnt daher auch noch nach der Wahl, wobei wir empfehlen, nicht nur die Antworten der Parteien zu studieren, sondern auch die Aktivitäten in der Vergangenheit ins Blickfeld zu nehmen. Hierzu hatten wir auch nach Anträgen im Bundestag mit Bezug auf Denkmal- und Kulturlandschaftsschutz gefragt. Es wird interessant sein zu beobachten, was auf welche Weise umgesetzt und entwickelt wird.

Grundsätzliches Anliegen des verstärkten Engagements der DGUF auf politischer Ebene ist es, das Bewusstsein für die Belange und Probleme der Archäologie in Politik und Gesellschaft zu schärfen. Um dies zu fördern, wird die DGUF auch zukünftig auf europäischer, Bundes- und Länderebene versuchen, den politischen Meinungsbildungsprozess durch eigene Stellungnahmen und Initiativen im Sinne der Archäologie zu begleiten und voranzubringen.

Hier hat die DGUF als unabhängiger und der Objektivität verpflichteter Verband einzigartige Möglichkeiten, die Interessen ihrer Mitglieder innerhalb und außerhalb des Faches und der Institutionen zu vertreten.

Diese neuen Aktivitäten und Ziele treten aber nicht an die Stelle alter Ziele, sondern ergänzen diese sinnvoll. Basis aller Bemühungen bleibt unsere Glaubwürdigkeit auf der wissenschaftlichen Ebene, die wir alle gemeinsam durch die Archäologischen Informationen und Berichte sowie unsere jährliche Verbandstagung erarbeiten und umsetzen. Das Aufgabenspektrum der DGUF wird sich voraussichtlich auch zukünftig erweitern und den gesellschaftlichen Erfordernissen anpassen müssen. Den damit verbundenen, gestiegenen Ansprüchen an Vorstand und Beirat wollen und werden wir gerecht werden. Wir laden daher alle Mitglieder ein, ihre Kompetenzen einzubringen, Anregungen zu geben und eigene Ziele gemeinsam mit Gleichgesinnten erfolgreich umzusetzen, und sich so an der zukünftigen Weiterentwicklung unseres Vereins zu beteiligen.

Thies Evers, Birthe Haak, Christian Möller

## An die ,Laien-Mitglieder' der DGUF

Als neue Vertreterin der 'Laieninteressen' im Beirat der DGUF entnehme ich der Mitgliederliste, dass es in der Tat etliche Mitglieder gibt, die nicht in archäologischen Berufen tätig sind. Ich möchte also diese Mitglieder daran erinnern, dass sie eine eigene Anlaufstelle für ihre Fragen und Kommentare haben. Die Satzung unserer Gesellschaft sagt ausdrücklich, dass sie für alle offen steht, die an der Ur- und Frühgeschichte interessiert sind, deren Rolle im öffentlichen Bewusstsein ebenfalls mehr als eine rein wissenschaftliche Angelegenheit ist: Die Geschichte - die fernere wie die neuere - färbt die Gegenwart und beeinflusst die Zukunft. Wie unsere Publikation Archäologische Informationen zeigt, handeln sich die Aktivitäten des Vorstandes im Namen der DGUF nicht nur um wissenschaftliche Fragen sondern auch um die öffentliche Wahrnehmung der Archäologie in Politik und Gesellschaft. Auch die Denkmalpflege benötigt stärkeren Rückhalt in der Gesellschaft, dem gibt die DGUF sowohl auf nationaler Ebene als auch europäischer Ebene Ausdruck und beteiligt sich an den politischen Entscheidungsprozessen. Ich persönlich war insgesamt elf Jahre ehrenamtlich in der Archäologie in Hongkong tätig: Ausgrabungen, Fundbearbeitung, u.s.w. Dank einem engagierten Laien - Universitätsarzt, Gründungsmitglied und späterer Vorstandsvorsitzender der Archäologischen Gesellschaft - hat sich die dortige Archäologie aus einer reinen Laienangelegenheit entwickeln können: Heute gibt es ein offizielles ,Antiquities and Monuments Office' mit entsprechenden Gesetzen zum Denkmalschutz und zur Pflicht, den Boden vor Baumaßnahmen archäologisch untersuchen zu lassen. Diese Entwicklung verlief also ganz ähnlich wie früher auch in Deutschland, als sich die Archäologie an Universitäten und in den Verwaltungen fest etabliert hat. Ich hatte gehofft, Ähnliches in Köln tun zu können, aber eine Teilnahme von Laien schien dort nunmehr unerwünscht. Ich habe also ein Studium der Ur- und Frühgeschichte angefangen und wurde auch Mitglied der DGUF. Als die Magisterarbeit anstand, habe ich aber aus Mangel an Zeit für die notwendige Konzentration aufgehört und beschäftige mich gelegentlich mit archäologischen Übersetzungen. Bis ich gebeten wurde, "Laienbeirätin" der DGUF zu werden, dachte ich, die Gesellschaft sei nur für archäologisch tätige Professionelle; ich stelle aber jetzt fest, dass andere berufliche Erfahrungen "nützlich" sein können. Die Meinung unserer 'Laien-Mitglieder' ist wichtig für die Arbeit der DGUF und wird sehr ernst genommen. Teilen Sie uns ihre Fragen, Kommentare oder Vorschläge mit: Ihre 'Sonderbeauftragte' hört zu.

> Beverley Hirschel eMail: BHJ.Hirschel@t-online.de Siehe auch: www.dguf.de